

Mehr Bürgernähe, mehr Transparenz, mehr Klarheit – das ist der bessere Weg, um Europa voranzubringen

Die Ergebnisse der Sondertagung
des Europäischen Rates
in Berlin am 25./26. März 1999

- **Aus der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, in der Bundestagsdebatte am 26. März (Seite 2)**
- **Entschließungsantrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Seite 7)**
- **Reimer Böge und Heinrich-Wilhelm Ronsöhr zu den Agrarbeschlüssen des Berliner Gipfels (Seite 12/13)**
- **Agenda 2000 im Lichte der konkreten Zahlen. Papier der Arbeitsgruppe Europäische Union der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Seite 15)**

Wolfgang Schäuble:

Mehr Bürgernähe, mehr Transparenz, mehr Klarheit – das ist der bessere Weg, um Europa voranzubringen

Eugen Gerstenmaier, der große Präsident dieses Hauses, hat, wenn ich mich recht erinnere, seine Memoiren mit dem Titel überschrieben: „Zeit zum Frieden, Zeit zum Streit“. Wir sind heute in einer besonderen Situation. Ich will ganz ruhig und klar sagen, inwieweit wir das unterstützen, was Sie, Herr Bundeskanzler, gesagt haben, und worin wir uns unterscheiden. Wir unterstützen das, was Sie zur Lage im Kosovo gesagt haben. Ich habe gestern für die CDU/CSU-Fraktion erklärt, daß sich die Bundesregierung auf unsere Unterstützung verlassen kann.

Ich fand richtig und wir unterstützen, was Sie grundsätzlich zu Europa, zum Prozeß der europäischen Integration und zu der Notwendigkeit der Erweiterung gesagt haben. Wir unterstützen besonders und begrüßen, daß es dem Europäischen Rat gelungen ist, sich so rasch auf eine Nachfolge zu einigen. Wir begrüßen, daß man sich darauf geeinigt hat, Romano Prodi als neuen Kommissionspräsidenten vorzuschlagen.

Wir sind in der Bewertung dessen, was auf dem Berliner Gipfel zur Agenda 2000 erreicht worden ist, unterschiedlicher Meinung. Das muß auch so bleiben. Herr Bundeskanzler, ich glaube gar nicht, daß es gut wäre, wenn wir Europa und europapolitische Fragen, wie Sie am Schluß ein bißchen mißverständlich gesagt haben, aus dem Streit, aus der politischen Konkurrenz herausnehmen würden. Die Demokra-

tie, die Suche nach Alternativen, das Ringen um die besseren Lösungen muß – bei aller Gemeinsamkeit darüber, daß die europäische Einigung das wichtigste Projekt im deutschen Interesse am Ende dieses Jahrhunderts ist – auch und gerade für europäische Fragen funktionieren.

Die Situation im Kosovo

Ich möchte gerne noch einmal ein Wort zu der aktuellen Situation im Kosovo sagen. Das erste ist: Wir fühlen uns in diesen Stunden mit den Soldaten, mit ihren Familien und auch mit den Streitkräften unserer

**Aus der Rede des
Vorsitzenden der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion
am 26. März im
Deutschen Bundestag**

Verbündeten verbunden. Unsere Unterstützung gilt ihnen. Wir begrüßen, daß alles getan wird, um Gefahren so gering wie möglich zu halten.

Man muß es immer und immer wieder sagen: Die Völkergemeinschaft hat mit unendlicher Langmut versucht zu verhindern, was unvermeidlich geworden ist. Aber es ist gut, notwendig und unausweichlich, daß am Ende Langmut nicht mit Wankelmüt verwechselt werden darf. Des-

wegen mußte jetzt eine klare, feste Entscheidung getroffen werden. Die Angriffe richten sich nicht gegen das serbische Volk. Die Menschen sollten sich auch nicht durch die jetzt angeworfene Propagandamaschine in die Irre leiten lassen. Worum es geht ist: Morden zu verhindern und zu helfen, daß der Friede so rasch wie möglich überall in Europa, auch in Jugoslawien und vor allem im Kosovo, wiederhergestellt wird. Es geht darum, zu erreichen, daß eine Tragödie für Hunderttausende von Menschen verhindert wird. Darum und um nichts anderes geht es. Dafür werden wir geschlossen und entschlossen die getroffenen Entscheidungen unterstützen.

Wir geben zu, es wird notwendig und richtig sein, so rasch wie möglich zu erreichen, daß die Waffen im Kosovo schweigen, und so rasch wie möglich die Voraussetzungen zu schaffen, daß wieder humanitäre Hilfe geleistet werden kann, damit das Elend, dem die Menschen durch die Aggression, das Verbrechen, das Morden dieses Diktators ausgesetzt sind, gelindert werden kann.

Größeres Morden verhindern

Ich finde, wir haben im Oktober in Kenntnis aller Probleme auf sicherer verfassungsrechtlicher und völkerrechtlicher Grundlage die notwendige Entscheidung dieses Bundestages sorgfältig erwogen und getroffen. Ich bin dagegen, jetzt in eine verfassungsrechtliche Rabulistik einzutreten, die nicht weiterführt. Im übrigen will ich noch eine Bemerkung machen: Das Verfassungsgericht hat die Klage gegen diesen militärischen Einsatz zurückgewiesen. Wenn ich mir die verfassungsrechtlichen Debatten dazu so anhöre, habe ich das Gefühl, daß man nicht immer unterscheiden kann: Wir werden nicht durch einen Verzicht auf militärische Mittel – eingesetzt zur Bewahrung des Friedens und zur Beendigung des Mor-

dens – Frieden erreichen und das Morden beenden. Es geht darum, größeres Morden zu verhindern.

Es kann am Ende dieses Jahrhunderts doch nicht sein, daß am Schluß dieser rabulistischen Diskussionen Überschriften stehen wie jene eines Zeitschriftenaufsatzes, die da lautete: „Wir lassen uns in Ruhe – auch beim Morden“. Wir dürfen uns in Europa und auf dieser einen Welt beim Morden nicht mehr in Ruhe lassen. Darum geht es.

Die aktuelle Lage unterstreicht, wie notwendig ein handlungsfähiges, ein starkes Europa ist. Es ist der beste Weg, die größte Chance an der Schwelle zum kommenden Jahrhundert, Frieden in ganz Europa sicherzustellen, was leider in diesen Tagen immer noch nicht gelungen ist. Deswegen ist es auch richtig, daß wir alle unsere Kraft darauf verwenden, den Beitritt der Länder aus Mittelost- und Südosteuropa so rasch wie möglich voranzubringen. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß die Aufgabe der Agenda 2000 vor allem darin bestand, die Voraussetzungen zu schaffen, daß dieser Beitritt erleichtert wird und er so rasch wie möglich zustande kommen kann. Auch da stimmen wir also im Grundsätzlichen überein.

Ich finde gut, daß die Entscheidung für Romano Prodi so schnell getroffen worden ist. Wir unterstützen auch die Absicht, schon jetzt nach den Regeln des Amsterdamer Vertrages zu verfahren, so daß die Entscheidung des Rates durch das jetzt im Amt befindliche Europäische Parlament bestätigt und Prodi beauftragt wird, ein Reformprogramm zu entwickeln und eine Kommission zu bilden. Diese muß dann noch einmal als Ganzes vom neu zu wählenden Parlament einer Bestätigung zugeführt werden, um dann eine neue, handlungsfähige Kommission zu haben, die für die volle Amtszeit von fünf Jahren an einem Programm institutioneller Re-

formen arbeiten und somit einen Beitrag leisten kann, um den wichtigen und schwierigen Reformprozeß in Europa voranzubringen.

Agenda 2000

Aber die Beschlüsse zur Agenda 2000 bleiben - auch das muß man sagen - hinter den Notwendigkeiten und hinter den gesteckten Erwartungen zurück. Das gilt in besonderer Weise für die Agrarpolitik; daran kann kein Zweifel sein. Natürlich muß man Kompromisse finden, natürlich war es schwierig. Es war aber nach unserer Überzeugung ein schwerer Fehler, das von einer Mehrheit der Mitgliedstaaten unterstützte Ziel der Kofinanzierung als einen ersten Schritt für mehr Subsidiarität auch in der Agrarpolitik schon vor dem Berliner Gipfel aufzugeben.

Nachteile für Agrarreform

Die Aufgabe dieser Position hat sich auf die Ergebnisse des Berliner Gipfels, so wie wir sie kennen, zum Nachteil einer wirkungsvollen Reform der Agrarpolitik ausgewirkt. Wir kennen die Zahlen nicht im einzelnen. Das ist keine Kritik; der Berliner Gipfel ging ja bis in die frühen Morgenstunden. Wir legen einen Entschließungsantrag vor, in dem wir - gemäß unserer Überzeugung, daß das Parlament als ganzes Stellung beziehen soll - eine Position formulieren. Aber auch wenn man die Zahlen nicht im einzelnen kennt, eines ist klar: Die grundlegenden Probleme in der Agrarpolitik werden durch das Ergebnis des Berliner Gipfels nicht gelöst. Manches wird sogar schlechter.

Der Preisdruck beispielsweise durch die Milchquoten wird eher stärker werden. Die Einkommenseinbußen für die deutsche Landwirtschaft sind erheblich. Wir muten keinem anderen Teil unserer Bevölkerung etwas Vergleichbares zu. Angesichts dieser Situation will ich noch einmal mit allem

Nachdruck an die Mehrheit dieses Hauses appellieren: Es ist falsch und unverantwortlich, durch Maßnahmen nationaler Gesetzgebung - von der sogenannten Steuerentlastung, die für die Landwirtschaft eine Steuermehrbelastung bedeutet, über die Ökosteuer bis zur Kürzung der Zuschüsse für die landwirtschaftliche Unfallversicherung - zusätzliche Einkommensverluste in einer Größenordnung von 1,8 Milliarden DM für die deutsche Landwirtschaft zu beschließen.

Wenn es unvermeidlich sein sollte und soweit es unvermeidlich ist, im Zuge der Reform der europäischen Agrarpolitik Kompromisse zu schließen, auch Opfer zuzumuten, dann ist es in einer solchen Situation auch um des inneren Friedens und der sozialer Gerechtigkeit willen in diesem Lande geradezu verheerend, der Bevölkerungsgruppe, der man die meisten Auswirkungen von Reformen zumutet und vielleicht teilweise zumuten muß, durch nationale Maßnahmen zusätzliche Belastungen aufzuerlegen, anstatt daß man versucht, die Auswirkungen für die betroffenen Menschen, für die betroffene Bevölkerungsgruppe durch nationale Maßnahmen zu mindern.

Wer glaubt, die Bauern in unserem Lande seien nur eine kleine Minderheit, über die man sich leicht hinwegsetzen könne, der hat nicht verstanden, daß die Stabilität unseres Landes auf einem ausgewogenen Verhältnis von städtischen Ballungszentren und ländlichen Räumen beruht und daß der ländliche Raum ohne eine funktionierende Landwirtschaft nicht lebensfähig ist. Das wird auch in der Zukunft so bleiben. Deswegen: Wer die Lebensfähigkeit unserer Landwirtschaft untergräbt, schadet nicht nur den Bauern, sondern der verletzt die innere Stabilität unseres Landes. Wenn Sie ein wenig über die Vorteile unserer Bundesrepublik Deutschland - eine größere Balance auch als Folge unseres födera-

len Systems und eine größere Ausgewogenheit zwischen ländlichen Regionen, kleinen, mittleren und großen Städten bzw. Zentren – nachdenken, dann werden Sie vielleicht verstehen, daß die Lebensfähigkeit des ländlichen Raumes nicht nur für die Menschen dort, sondern auch für die Menschen in den städtischen Ballungszentren wichtig ist. Deswegen geht es nicht um Klientelpolitik, sondern um die richtigen Ordnungs- und strukturpolitischen Entscheidungen für unser Land.

Ich will noch einmal sagen: Natürlich muß die europäische Agrarpolitik reformiert werden, um die Voraussetzungen zu schaffen, daß die Erweiterung der Europäischen Union besser vorankommt. Da wir aber zugleich darüber reden, wie der weitere Weg institutioneller Reformen auszusehen hat, will ich noch einmal das Prinzip beschreiben: Wir werden die Probleme der europäischen Agrarpolitik besser lösen, wenn wir im Bereich der Einkommenshilfen stärker das Subsidiaritätsprinzip verwirklichen.

Deshalb: gescheitert

Weil auf dem Berliner Gipfel keine Vereinbarung über Maßnahmen zu stärkeren nationalen Gestaltungsmöglichkeiten erreicht worden ist – die Kofinanzierung wäre der entscheidende Schritt in diese Richtung gewesen –, ist dieser Gipfel gescheitert. Dafür trägt die Bundesregierung erhebliche Verantwortung. Die deutsch-französische Freundschaft ist kein Grund dafür, daß man mit unseren französischen Freunden und Nachbarn nicht intensiv darüber reden kann und muß, was der richtige Weg für Europa ist. Wenn man aber die Debatte so beginnt, wie Bundeskanzler Schröder es Anfang des Jahres getan hat, als er sagte, jetzt ist Schluß damit, daß in Brüssel das deutsche Geld verbraten wird, dann kann man mit Frankreich nicht zu einem Ergebnis kommen.

Am wenigsten erreicht

Es ist doch bemerkenswert, daß Tony Blair nach seiner Rückkehr sagen kann, daß kein Britisches Pfund mehr bezahlt werde und man den britischen Beitragsrabatt gehalten habe. Auch die Franzosen können sagen: Wir haben alles gehalten. Auch die Südländer können sagen: Wir haben alles gehalten. Aber der deutsche Bundeskanzler, der am Anfang der deutschen Präsidentschaft am meisten davon geredet hat, welche angeblichen Fehler seiner Vorgängerregierung jetzt korrigiert werden müssen, hat am wenigsten erreicht.

Herr Bundeskanzler, lassen Sie doch endlich davon ab, die Legende zu bilden, als sei in den vergangenen Jahren die Entwicklung dahin gegangen, daß Deutschland immer mehr gezahlt habe. Die Wahrheit ist, daß der deutsche Nettobeitrag nach den amtlichen Zahlen der Kommission in den Jahren 1994 bis 1997 - für 1998 gibt es die Zahlen noch nicht - von 27 Milliarden DM auf 22 Milliarden DM gesunken ist. Die Trendwende ist 1994 eingeläutet worden. Die Wahrheit ist, daß die Regierung Kohl-Waigel in den Jahren 1994 bis 1997 eine Trendwende durch die Senkung des deutschen Nettobeitrags von 27 auf 22 Milliarden DM erreicht hat. Gemessen daran sind die Ergebnisse, die Sie in Berlin erreicht haben, ausgesprochen kläglich.

Ich will noch ein Wort zur europäischen Regionalpolitik sagen. Ich will vor allen Dingen noch einmal das Prinzip, um das es uns geht, klarmachen. Wir sagen in unserem Entschließungsantrag: Wir akzeptieren, daß die Förderung für die Bundesrepublik Deutschland aus den europäischen Strukturfonds zurückgeführt wird. Wir akzeptieren notfalls auch, daß die Strukturförderung für Deutschland überdurchschnittlich zurückgeführt wird. Das ist ja das Ergebnis von Berlin, wenn man die Zahlen, die wir jetzt kennen, einigermaßen richtig bewertet. Wenn aber

dies geschieht, dann ist es zwingend notwendig, daß die Mitgliedstaaten und die Regionen, soweit sie in den Mitgliedstaaten eine rechtliche Qualität besitzen, mehr Möglichkeiten erhalten, mit eigenen Mitteln in eigener Zuständigkeit regionale Probleme zu lösen, für die es in Zukunft weniger Mittel aus Brüsseler Kassen gibt. Das fordern wir; das haben Sie nicht erreicht.

Verfassungsvertrag

Das Entscheidende ist, daß wir das Prinzip der Aufgabenabschichtung, der Subsidiarität, klarer durchsetzen müssen: Wofür ist Europa, wofür sind die Mitgliedstaaten und wofür sind die Regionen zuständig? Das wird auch die entscheidende Aufgabe für den institutionellen Reformprozeß sein müssen.

Es muß nicht jede Aufgabe in Europa durch europäische Institutionen gelöst werden. Subsidiarität, mehr Bürgernähe, mehr Transparenz und mehr Klarheit, das ist der bessere Weg, um Europa voranzubringen.

Das ist vor allen Dingen deswegen wichtig, weil wir Europa nur voranbringen werden, wenn es uns gelingt, die Menschen in Europa und auch in Deutschland davon zu überzeugen, daß Europa der bessere Weg für unsere Zukunft ist. Deswegen müssen die Ergebnisse und die Entscheidungen in Europa für die Menschen nachvollziehbar sein. Deswegen muß man wissen, wer was entscheidet, wer wofür die Verantwortung trägt, warum welche Entscheidung getroffen wird und wie sie demokratisch legitimiert ist. Das ist, in einfachen Worten, die Aufgabe für die institutionellen Reformen.

Die Ergebnisse des Berliner Gipfels werden diesem Maßstab aber nicht gerecht. Sie bedeuten nicht eine Stärkung der Subsidiarität in Europa, sondern sie resultieren wiederum nur aus dem Versuch, die Milliarden ohne eine systematische Klarheit

hin- und herzuschieben. Bei diesem Hin- und Herschieben von Milliarden hat die deutsche Präsidentschaft für die deutschen Interessen weniger erreicht, als die Regierungen anderer Mitgliedstaaten erreicht haben.

Damit sich dies nicht wiederholt, wird es notwendig sein, daß wir Europa bei den institutionellen Reformen mit einer Art Verfassungsvertrag unterstützen, um das Ganze für die Menschen einsehbar und nachvollziehbar zu machen, um die Menschen für Europa zu gewinnen und sie mitzunehmen. Sie sollen sehen, daß ihre Sache dort entschieden wird, und zwar nicht negativ, sondern positiv. Es soll erkennbar werden, wer in Europa für welche Entscheidung zuständig ist und wie jede Entscheidung in Europa demokratisch legitimiert wird. Je besser das gelingt, um so größer sind die Chancen, daß wir die Menschen dafür gewinnen, den Weg der europäischen Einigung in guten und in schwierigen Zeiten weiter voranzugehen.

Die große Aufgabe deutscher und europäischer Politik ist angesichts der Ereignisse dieser Woche, in der sich viele dramatische Entwicklungen sozusagen wie zu einem Knoten zusammengefügt haben, dafür zu sorgen, daß sich die Menschen weiterhin für die demokratischen Entscheidungsprozesse interessieren. Deswegen darf dieser Punkt nicht aus dem demokratischen Meinungsstreit ausgeklammert werden. Die entsprechende Diskussion muß vielmehr Gegenstand des demokratischen Wettbewerbs sein. Es muß klar sein, wo um welche Konzeptionen streitet. Unsere Konzeption für Europa beinhaltet ein handlungsfähiges und starkes Europa; ein Europa, das Frieden, Freiheit, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftlichen Wohlstand, ökologische Nachhaltigkeit und den Schutz von Natur und Umwelt sichert. Aus diesem Grunde ist die Erweiterung so wichtig. ■

Berechtigte Interessen nicht ausreichend berücksichtigt

1. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Zielsetzung der Europäischen Union, die Agrarpolitik, die Strukturpolitik und die Finanzen der Union zu reformieren, um die Zukunftsfähigkeit der Gemeinschaft zu erhöhen und die notwendigen Voraussetzungen für die Osterweiterung zu schaffen. Die in den 80er und 90er Jahren getroffenen großen Richtungsentscheidungen - die Vollendung des Binnenmarktes, die Verträge von Maastricht und Amsterdam, die Erweiterungsbeschlüsse des Luxemburger EU-Gipfels und die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung - bilden hierfür ein erstklassiges Fundament.

2. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die Mitgliedstaaten der Europäischen Union dem Ziel der Osterweiterung der Gemeinschaft hohe Priorität einräumen. Die Ereignisse im Kosovo zeigen, wie labil Frieden und Freiheit außerhalb der EU noch immer sind. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Absicht der Bundesregierung, an dem im zentralen Interesse Deutschlands liegenden Projekt der Osterweiterung der EU intensiv mitzuwirken.

3. Der Deutsche Bundestag bedauert, daß die Beschlüsse des Europäischen Rates von Berlin zum Teil deutlich hinter den gesteckten Zielen zurückbleiben. Fehler und Schwächen bei der Agenda 2000 sind jedoch der europäischen Idee und dem Fortgang des Integrationsprozesses abträglich, zumal das Reformpaket die Zukunft Europas für einen langen Zeitraum wesentlich mitbestimmt.

Der Deutsche Bundestag ist enttäuscht, daß im Rahmen des notwendigen Ausgleichs berechtigte deutsche Interessen nicht ausreichend berücksichtigt worden sind. Das erschwert auch die Akzeptanz der Agenda 2000 in Deutschland.

4. Nicht akzeptabel sind die Berliner Beschlüsse zur künftigen Agrarpolitik der Europäischen Union. Das Verhandlungsergebnis bedeutet mehr Bürokratie, sinkende Einkommen und eine weiter steigende Abhängigkeit der Landwirte von

Entschließungsantrag der CDU/CSU-Bundestags- fraktion zu den Ergebnissen der Sondertagung des Europäischen Rates in Berlin

Beihilfen und Subventionen. Die Erhöhung der Milchquote führt zu steigendem Preisdruck für die Erzeuger und steht dem Ziel der Verringerung von Überschüssen entgegen.

Mit dem Verzicht auf den Einstieg in die Kofinanzierung der Agrarbeihilfen aus den nationalen Haushalten - gegen die ausdrückliche Forderung der Bundesländer und der Mehrheit des Deutschen Bundestages - wurde die große Chance vergeben, den deutschen Nettosaldo zu verringern und die gemeinsame Agrarpolitik auch in der Perspektive einer baldigen EU-Erweiterung finanzierbar zu halten.

Die Einkommensverluste für die deutschen Landwirte aus dem Agrarpaket sind erheblich. Sie werden überdies noch verschärft durch zusätzliche Belastungen durch Steuerreform und Ökosteuern sowie die sozialen Kürzungen in der Berufsgenossenschaft in Höhe von 1,8 Mrd. DM. Keiner anderen gesellschaftlichen Gruppe werden derartige Einschnitte zugemutet.

5. Der Deutsche Bundestag hat sich wiederholt für eine Reform der Struktur- und Regionalförderung ausgesprochen, welche die verfügbaren Finanzmittel auf die Regionen mit dem höchsten Entwicklungsbedarf konzentriert, zugleich aber den Mitgliedstaaten ein höheres Maß an Eigenverantwortung zuweist - vor allem dort, wo ganze Regionen aus der Strukturförderung der Europäischen Union herausfallen. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß mit der Verringerung der Gebietskulisse für die EU-Förderung keine Reduzierung der Mittel einhergeht. Damit wird eine entscheidende Möglichkeit vertan, durch Einsparungen Finanzierungsspielräume für die Osterweiterung zu gewinnen.

Der Deutsche Bundestag bedauert, daß bezüglich der nationalen Mitwirkungsmöglichkeiten die Auswahl der Ziel 2-Gebiete außerhalb der harten Kriterien nicht den Mitgliedstaaten überlassen wird, sondern nach wie vor durch Kriterien und durch einen Genehmigungsvorbehalt durch die Kommission beschränkt ist. Er unterstützt die Fortsetzung der Förderung für die neuen Länder in der Ziel 1-Kategorie und spricht sich für den Verbleib der besonders benachteiligten grenznahen Räume in der Ziel 2-Kategorie aus.

Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die Strukturförderung in Deutschland gegenüber anderen europäischen Staaten überproportional stark beschnitten und damit insbesondere der ländliche Raum

benachteiligt wird. Um so mehr ist zu bedauern, daß die von Bundesrat und Bundestag geforderte Flexibilitätsmarge für eine nationale Strukturförderung nach der Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ neben der EU-Fördergebietskulisse nicht in ausreichender Weise abgesichert wurde.

6. Der Deutsche Bundestag begrüßt das Festhalten der Mitgliedstaaten an der EU-Haushaltsobergrenze von 1,27 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union und die Entscheidung des Berliner EU-Gipfels, in den kommenden Jahren diese Obergrenze zu unterschreiten. Der deutsche Nettosaldo bleibt allerdings unangemessen hoch. Obwohl die große Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten richtigerweise sagt, daß die Beiträge dann als gerecht anzusehen sind, wenn sie sich an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, also am anteiligen Bruttosozialprodukt orientieren, ist in Berlin die bestehende Beitragsungerechtigkeit nicht hinreichend korrigiert worden. Die strukturellen Haushaltsungleichgewichte im Beitragssystem der Europäischen Union wurden vom Berliner Gipfel nicht beseitigt. Die hohen Erwartungen, die der Bundeskanzler zur Jahreswende 98/99 hinsichtlich einer Senkung der deutschen Nettobeiträge geweckt hatte, konnten nicht annähernd erfüllt werden. Der deutsche Nettobeitrag ist nach den amtlichen Zahlen der Kommission zwischen 1994 und 1997 bereits von 27 auf 22 Milliarden DM gesunken. Demgegenüber ist das in Berlin erreichte Ergebnis eher bescheiden.

7. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, bei der konkreten Ausgestaltung und Umsetzung der Beschlüsse von Berlin darauf zu achten, daß nationale und regionale Handlungs-

spielräume genutzt werden und unzumutbare Härten, insbesondere im Bereich der Landwirtschaft, durch nationale Regelungen ausgeglichen werden. Für die Gestaltung ihrer Regionalpolitik mit eigenen Mitteln müssen die Mitgliedstaaten und Regionen mehr Freiräume erhalten. Die Belastungen der Landwirte durch die nationalen Maßnahmen im Bereich des Steuerrechts und der landwirtschaftlichen Unfallversicherung müssen umgehend zurückgenommen werden.

8. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, auf eine Korrektur der falschen Weichenstellungen der Agenda 2000 zu drängen. Er erinnert daran, daß Bundestag und Bundesrat das bisher geltende Eigenmittelsystem der EU im Jahre 1995 mit breiter Mehrheit gebilligt, zugleich aber die Bundesregierung aufgefordert haben, bei der notwendigen Überprüfung der Finanzierung der Europäischen Union im Jahre 1999 auf eine grundsätzliche Neuordnung und gerechtere Lastenverteilung hinzuwirken. Dies ist nur zu einem kleinen Teil erreicht worden.

9. Der Deutsche Bundestag begrüßt die rasche Entscheidung für Romano Prodi als neuen Kommissionspräsidenten. Die Wahl des neuen Kommissionspräsidenten muß einhergehen mit tiefgreifenden Reformen von Struktur und Arbeitsweise der Kommission. Er fordert die Bundesregierung auf, die institutionellen Reformen in der EU rasch in Angriff zu nehmen.

Weiterhin spricht er sich dafür aus, die Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten klarer abzugrenzen und die Verantwortlichkeiten bei Kommission, Rat und Europaparlament eindeutig zuzuordnen. Dies wäre eine unverzichtbare Antwort auf die skandalösen Vorkommnisse in der EU-Kommission.

Die Europäische Union braucht auch größere Klarheit darüber, welche Aufgaben gegebenenfalls wieder auf die nationale oder regionale Ebene zurückverlagert werden können und welche Aufgaben und Zuständigkeiten von Europa wahrgenommen werden müssen, weil sie dort besser gelöst werden können.

Nichts Positives erreicht

Zu den Ergebnissen des EU-Gipfels in Berlin erklärte der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Hintze:

In der verständlichen Absicht, die Marathonberatungen in Berlin zu einem Abschluß zu bringen, hat sich die Regierung Schröder auf für Deutschland unbefriedigende Kompromisse eingelassen. Während Großbritannien freudig die Rettung des ihm gewährten Sonderrabatts feiert, kommt Bundeskanzler Schröder mit mageren Ergebnissen nach

Hause. Insbesondere ist es nicht gelungen, den deutschen Nettobeitrag nennenswert zu senken. Eine Balance bei der Lastengerechtigkeit ist aber eine wichtige Voraussetzung für ein gutes Gelingen der Osterweiterung der Europäischen Union.

Zu begrüßen ist die rasche Nominierung von Romano Prodi als neuen Kommissionspräsidenten. Mit Prodi hat die Kommission alle Chancen, das verlorengegangene Vertrauen der europäischen Öffentlichkeit zurückzugewinnen.

Bundesregierung gab deutsche Positionen vorschnell auf

Den Kompromiß zur Agenda 2000 auf dem EU-Gipfel in Berlin hat der stellv. Vorsitzende der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, grundsätzlich begrüßt.

Unter dem Druck der Krise im Kosovo und der Probleme in der internen Verwaltung der EU hätten die europäischen Staats- und Regierungschefs in letzter Minute doch noch den Strohalm des Kompromisses ergriffen und damit verhindert, daß Europa in eine noch größere Krise und Handlungsunfähigkeit gerate. Ob dieser Kompromiß im einzelnen tragfähig sei und alle Probleme im Zusammenhang mit der Erweiterung der EU lösen könne, werde allerdings die Zukunft noch zeigen müssen. Angesichts der weitreichenden finanziellen Interessen, die für viele Mitgliedsländer bei diesem Gipfel auf dem Spiel standen, sei die Verhandlungsführung der Bundesregierung allerdings nicht den großen Herausforderungen gewachsen gewesen. Ent-

scheidende deutsche Positionen seien schnell aufgegeben worden, insbesondere die Kofinanzierung der Agrarpolitik, die sowohl die Ausgaben im Agrarbereich entlastet und Deutschlands Nettobeitrag verringert hätte als auch die Interessen der Landwirte hätte wahren können.

Ungeschickte Verhandlungen gerade auch mit Frankreich hätten die Kompromißfindung erschwert und nicht zu einer Stärkung der deutschen Position beigetragen. „Die deutschen Bauern werden Opfer bringen müssen, und der deutsche Nettobeitrag wird kaum reduziert werden. Angesichts der großen Ankündigungen Schröders insbesondere zur Reduzierung des deutschen Nettobeitrages hat er das selbst gesetzte Ziel nicht erreicht,“ erklärte Pöttering.

Pöttering sprach die Hoffnung aus, daß jetzt zumindest die Grundlagen für die Erweiterung der Europäischen Union gelegt seien.

Einmalige Chance vertan

Nach Ansicht des wirtschaftspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Gunnar Uldall ist der von Bundeskanzler Schröder ausgehandelte und bezeichnenderweise nur von den Nehmerländern gefeierte Kompromiß zur Agenda 2000 mehr als dürrtig.

Es ist empörend, daß mit dem Festzurren des Finanzpakets bis 2006 die einmalige Chance vertan wurde, der Agenda 2000 eine wirtschaftspolitisch sinnvollere Ausrichtung zu geben.

Die Chance für eine neue Struktur der Regionalförderung wurde vertan. Die völlig überhöhten Subventionen für Regional- und Strukturförderung hätten von 240 Mrd. Euro auf 120 Mrd. Euro halbiert werden sollen. Das ist möglich, ohne daß ein Effizienzverlust eintritt. Die Vergabe muß in Zukunft durch die Mitgliedsländer erfolgen. Wenn die bisherigen Regionalsubventionen sogar noch aufgestockt werden, wird sich im Jahre 2006 eine kaum zu beseitigende Subventionsmentalität verfestigt haben.

Die Agrarbeschlüsse des Berliner EU-Gipfels:

Vor allem Chirac ist zu verdanken, daß die Garantiepreissenkungen teilweise abgemildert worden sind

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben beim Berliner Gipfel am Morgen des 26. März 1999 den Agrarteil der Agenda 2000 beschlossen. Die Vorschläge der EU-Kommission und der von SPD-Bundeslandwirtschaftsminister Funke ausgehandelte Kompromiß wurden abgeändert.

Vor allem dem Einsatz des französischen Staatspräsidenten Chirac ist es zu verdanken, daß die Garantiepreissenkungen teilweise abgemildert oder gestreckt wurden. Durch die entsprechend geringeren Direktzahlungen soll so eine reale Konstanz des Agrarbudgets der EU von 40,5 Milliarden EURO im Jahr erreicht werden. Im einzelnen:

Getreide: Der Interventionspreis für Getreide wird in zwei gleichen Schritten von jeweils 7,5 Prozent ab dem Wirtschaftsjahr 2000/2001 um insgesamt 15 Prozent verringert (vorgeschlagen war eine 20prozentige Preissenkung): Die Flächenprämien werden im Gegenzug in zwei Schritten von heute 54 Euro (106 DM) auf 63 Euro (123 DM) je Tonne (multipliziert mit dem regionalen Referenzbeträgen) angehoben. Über weitere Preissenkungen ab dem Jahr 2002/2003 soll im »Lichte der Marktentwicklung« befunden werden. Die monatlichen Zuschläge auf die Marktordnungspreise bleiben erhalten. Erhalten bleibt auch die obligatorische Flächenstilllegung. Für sie ist ein Basisflächenstilllegungssatz von 10 Prozent für den gesamten Zeitraum 2000 bis 2006 beschlossen worden.

Ölsaaten: Die Ölsaatenprämie wird ab dem Jahr 2002/2003 auf das Getreideprämieniveau abgesenkt. Zwei Jahre später soll die Kommission einen Bericht über Situation und Entwicklung des Ölsaatenanbaus in Europa vorlegen.

Milch: Die Reform der Milchmarktordnung, die eine stufenweise Preissenkung um 15 Prozent und eine lineare Quoten-aufstockung um 1,5 Prozent sowie die Einführung einer Kuhprämie beinhaltet, soll

Agrarbudget auf 40,5 Mrd. Euro festgeschrieben

erst im Jahr 2005/2006 beginnen. Jedoch werden Italien, Spanien, Irland, Nordirland und Griechenland bereits im Jahr 2000 Extraquoten zugeteilt. Das Milchquotensystem soll insgesamt im Jahr 2003 einer Zwischenprüfung unterzogen werden.

Rindfleisch: Ab dem Jahr 2000 werden die Rindfleischpreise in drei Schritten um 20 Prozent gesenkt. Die Einkommensverluste sollen teilweise über eine Kombination unterschiedlicher Prämien, unter anderem für Mutterkühe, Bullen, Ochsen, extensive Haltungsverfahren und Grünland ausgeglichen werden. Die staatlichen Interventionskäufe werden stark eingeschränkt. Sie sollen regelmäßig erst dann erfolgen, wenn der Rindfleischpreis unter 1 560 Euro (3 051 DM) je Tonne sinkt. Falls erforderlich können aber auch ober-

Viele bäuerliche Familienbetriebe in ihrer Existenz bedroht

Zum Beschluß des EU-Sondergipfels in Berlin zum Agrarteil der Agenda 2000 erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr:

Karl-Heinz Funke hat schlecht verhandelt. Für die deutsche Landwirtschaft wäre ein besseres Ergebnis möglich gewesen, selbst wenn die Beschlüsse der EU-Staats- und Regierungschefs zum Agrarteil der Agenda 2000 nicht mehr der katastrophalen Vereinbarung der EU-Agrarminister vom 11. März entsprechen. In Bauernkreisen wird sogar von einer Ohrfeige für den Bundeslandwirtschaftsminister gesprochen. Auch für Bundeskanzler Schröder ist die Verhandlungsführung kein Ruhmesblatt. Die leichten Korrekturen der tiefen Einschnitte bei der Landwirtschaft sind ausschließlich auf Drängen des französischen Staatspräsidenten sowie der massiven Proteste des Deutschen Bauernverbandes und der CDU/CSU zurückzuführen. Ebenfalls hat der Zwang zum Sparen die Landwirte vor drastischeren Preissenkungen bewahrt.

Die geringeren Preissenkungen bei Getreide und Milch im Vergleich zum

ursprünglichen Agrarpaket sind zu begrüßen. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die EU-weite Aufstockung der Milchquote nach wie vor katastrophale Auswirkungen auf die Milchpreise haben wird und viele bäuerliche Familienbetriebe in ihrer Existenz bedroht. An der Bedrohung der deutschen traditionellen Mastverfahren bei Rindfleisch hat sich nichts geändert.

Keine Planungssicherheit

Da die Agenda-Beschlüsse nur bis 2006 gelten und bereits 2002 überprüft werden, fehlt der Landwirtschaft jegliche Planungssicherheit. Dies wirkt sich lähmend auf die Investitionsbereitschaft insbesondere bei jungen Landwirten aus. Damit wird auch dem ländlichen Raum insgesamt schwerer Schaden zugefügt.

Minister Funke muß nun dringend die nationalen Rahmenbedingungen verbessern und nicht verschlechtern, wie mit dem Steuerentlastungsgesetz, der Ökosteuern und der Kürzung der Zuschüsse für die landwirtschaftliche Unfallversicherung in die Wege geleitet.

halb dieser Grenze ad hoc-Ankäufe erfolgen. Die Mitgliedsstaaten können zudem die bisher gültige betriebliche Obergrenze für die Gewährung der Bullenprämie (90 Tiere) in Zukunft flexibel anwenden.

Ländliche Entwicklung: Für Strukturmaßnahmen im ländlichen Bereich stehen bis 2006 zusätzlich zu den Mitteln für die Markt- und Einkommenspolitik insgesamt 14 Milliarden Euro zur Verfügung.

Damit sollen landwirtschaftsspezifische Maßnahmen, aber auch allgemeine Maßnahmen im ländlichen Raum finanziert werden. Beispiele dafür sind die Schaffung von Erwerbsalternativen, Dorferneuerung, Ausbau von Wirtschaftswegen, Umweltschutz und Beihilfen für benachteiligte Gebiete. Ein erweiterter Maßnahmenkatalog soll aus einem geringen Budget bezahlt werden.

Nicht mehr als ein Provisorium

Zu dem Agrarteil der Agenda 2000-Beschlüsse des Berliner Sondergipfels erklärte das Mitglied des CDU-Bundesvorstands, Reimer Böge MdEP:

Voll auf das Konto von Bundeslandwirtschaftsminister Funke und Bundeskanzler Schröder gehen die deutlichen Einkommensverluste der deutschen Bauern, zu denen die Beschlüsse des EU-Sondergipfels führen. Dem Kanzler ist die deutsche Landwirtschaft ohnehin egal. Funke hat unprofessionell und dilettantisch verhandelt. Daran ändert auch nichts, daß die Einschnitte nicht ganz so tief sind, wie sie befürchtet werden mußten. Unsere wichtigsten Kritikpunkte sind nach wie vor:

1. Zu früh haben sich Rot-Grün und SPD-Landwirtschaftsminister Funke von der gemeinsamen Linie, die die Konferenz der deutschen Landwirtschaftsminister im Mai 1998 für die Verhandlungen festgelegt hatten, verabschiedet. Die Schröder-Regierung hat nicht ernsthaft den Versuch unternommen, bei den vorgenommenen Preissenkungen auf einen vollen Ausgleich zu drängen.

2. Die deutschen Landwirte werden in Teilbereichen besonders stark belastet. Dies gilt zum einen für die Rindfleischherzeugung. Die Agenda-Beschlüsse lösen weder das Überschußproblem auf dem Rindfleischmarkt, noch das Einkommensproblem der Landwirte. Innerhalb der Rindfleischmarktordnung werden weiterhin bestimmte Produktionsverfahren, wie zum Beispiel die in Frankreich vorherrschende Mutterkuhhaltung bevorzugt, andere werden benachteiligt. Die beträchtliche Erhöhung der Prämien für die französischen Mütterkühe geht voll zu Lasten der

traditionell in Deutschland vorherrschenden Bullenmast. Die deutschen Landwirte werden nur 13 bis 14 Prozent der Prämien erhalten, obwohl sie 20 Prozent Anteil an der gesamten Rindfleischproduktion der EU haben.

Zum anderen werden die deutschen Milchherzeuger erheblich benachteiligt. Zwar soll die unsinnige Reform der Milchmarktordnung verschoben werden, doch erhalten die Milchbauern in Italien, Spanien, Irland usw. im Jahr 2000 eine Zuteilung von Extraquoten in Höhe von fast einem Prozent der europäischen Gesamtquotenmenge. Da ein Prozent Quotenaufstockung eine Milchpreissenkung von rund 8 Prozent zur Folge hat, verlieren die deutschen Bauern, da sie hier 2000 selbst keine Quotenaufstockung erfahren.

3. Die Agrarpolitik wird nicht vereinfacht, sondern erheblich verkompliziert und bürokratischer gemacht. Insbesondere auf die Rindfleischherzeuger kommt ein wahrer Prämienwirrwarr zu.

4. Die Berliner Beschlüsse sind nicht verlässlich, alles ist nicht mehr als ein Provisorium. Dies gibt ja auch inzwischen SPD-Staatsminister Verheugen zu. Nach seinen Worten wird der Agrarkompromiß nicht bis zum Jahr 2006 halten.

Die Agenda-Beschlüsse enthalten viele Widersprüche und Überprüfungsaufträge:

- Die Milchmarktreform soll erst ab dem Wirtschaftsjahr 2005/2006 beginnen. Die Preissenkungen sind für die Jahre 2005 bis 2008 vorgesehen, obwohl die Agenda 2000 lediglich eine Laufzeit bis zum Jahr 2006 hat. Zudem soll es bereits 2003 einen Zwischenbericht geben mit dem Ziel, die Quote eventuell auslaufen zu lassen.

Dies ist völlig widersprüchlich, nichts paßt zusammen.

● Auch bei Getreide laufen die Vereinbarungen nur bis zum Jahr 2002/2003. Danach soll es eventuell nochmals Beschlüsse über eine eventuelle „letzte“ Verringerung des Interventionspreises geben.

● Die vorgesehene abrupte Absenkung der Ölsaatenprämie auf das Getreideniveau im Wirtschaftsjahr 2002/2003 birgt erhebliche Gefahren für den Ölsaatenanbau in der Europäischen Union. Es ist mit einer starken regionalen Rückführung zu rechnen. Dies wußten auch die Berliner Akteure. Statt jedoch eine zukunftsfeste Entscheidung zu fassen, haben sie das Problem vertagt. Zwei Jahre nach dem Inkrafttreten der neuen Regelung soll es einen Bericht geben mit neuen Vorschlägen.

Die Berliner-Beschlüsse bieten keine verlässliche Basis für eine gute Entwicklung der deutschen Landwirtschaft. Unter den Vorgaben dieser Agenda 2000-Beschlüsse Zukunftsperspektiven für die deutsche Landwirtschaft zu schaffen, heißt jetzt:

● Die CDU muß die nächsten Wahlen gewinnen: die Europawahlen, damit aus dem Europäischen Parlament entsprechender Gegenwind kommen kann, die nächsten Landtagswahlen, zum Beispiel am 27. Februar 2000 in Schleswig-Holstein, um bei der Umsetzung die verbleibenden Spielräume zugunsten der deutschen Bauern zu nutzen, und die Bundestagswahl im Jahr 2002, um weitere Durchbrüche in der EU-Agrarpolitik nach unten zu verhindern und vernünftige Anpassungen und Korrekturen auf der Basis der dann vorzulegenden Zwischenberichte erwirken zu können.

● In der Landes- und Bundespolitik müssen Freiräume geschaffen werden, das Auflagenunwesen muß zurückgefahren werden. Weitere Belastungen aus der nationalen Agrarpolitik, wie sie die Schröder-Regierung mit ihrer Steuerpolitik, der landwirtschaftlichen Sozialpolitik und den Kürzungen im Bundeshaushalt anstrebt und zum Teil schon beschlossen hat, müssen zurückgenommen werden.

● Die Landwirte selbst müssen jetzt große Anstrengungen unternehmen und alle unternehmerischen Freiräume und Anpassungsmöglichkeiten – konsequente Qualitätsproduktion, Kostenminderung und auch Diversifizierung in Nischen – nutzen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Die CDU läßt sich nicht verunsichern. Wir sind zusammen mit einem Großteil der Bevölkerung an der Seite der Bauern. 71 Prozent der Deutschen befürchten ein Höfesterben durch die Agenda 2000, 80 Prozent wünschen, daß die Landwirtschaft im bisherigen Umfang erhalten bleibt, und 70 Prozent sprechen sich für eine Stützung der Landwirtschaft aus. Nur 9 Prozent wollen, daß diese gekürzt wird (Allensbach). Die CDU liegt mit ihrer Agrarpolitik auf einer vernünftigen Linie. Wir bleiben bei unseren Kernforderungen:

- marktorientierte Landwirtschaft statt Prämienwirtschaft,
- keine unnötigen Preissenkungen,
- Beibehaltung von Mengensteuerungsinstrumenten und
- Einführung der Kofinanzierung bei den landwirtschaftlichen Direktzahlungen, damit zielgenauer gefördert werden kann, der EU-Agrarhaushalt wesentlich entlastet werden kann und die Osterweiterung finanzierbar wird.

Agenda 2000 im Lichte der konkreten Zahlen:

Verhandlungsergebnis aus deutscher Sicht ein Flop

Einige Tage nach dem Abschluß des Berliner EU-Gipfels werden die Ergebnisse aus deutscher Sicht durchgerechnet und die konkreten Auswirkungen auf unser Land beurteilt.

Noch liegen nicht alle Zahlen vor. Doch bereits die ersten Fakten zeigen: Das Ergebnis von Berlin zur Agenda 2000 ist ernüchternd. In keinem der zentralen Verhandlungspunkte konnte sich die deutsche Bundesregierung durchsetzen. Lediglich einige allgemeine Ziele, über die bereits im Vorfeld des Gipfels innerhalb der EU große Einmütigkeit bestand, konnten umgesetzt werden.

Hierzu gehört die dauerhafte Unterschreitung der Haushaltsobergrenze von 1,27 Prozent des BSP in der Europäischen Union sowie die Begrenzung der Agrarausgaben. Bei Lichte betrachtet ist die Haushaltsdisziplin bei den Brüsseler Kassen jedoch nur die notwendige Konsequenz auf die Haushaltslage der einzelnen Mitgliedstaaten. Einen Beitrag zur Senkung der Staatsquote leistet der EU-Haushalt auch in Zukunft nicht.

Zentrale Forderungen der deutschen Seite blieben auf dem Berliner EU-Gipfel hingegen weitgehend unberücksichtigt:

- Die ungerecht hohe deutsche Nettozahlerposition – sie umfaßt denjenigen Betrag, den Deutschland mehr an die EU zahlt als EU-Mittel nach Deutschland zurückfließen – wird sich entgegen dem Trend der zurückliegenden Jahre zunächst weiter verschlechtern. Erst ab 2002 kann wegen geringfügiger Modifikationen im Finanzierungssystem der EU mit einer Verringerung des Nettosaldos um ca. 450 Mio. Euro

(900 Mio. DM), ab 2004 um ca. 650 Mio. Euro (1,3 Mrd. DM) gerechnet werden. Zum Vergleich: In den Jahren von 1994 bis heute ist der deutsche Nettosaldo um etwa 6 Mrd. DM (3 Mrd. Euro) vermindert worden. Die deutsche Delegation kommt also

Papier der Arbeitsgruppe Europäische Union der CDU/CSU-Bundestags- fraktion vom 31. März 1999

– gemessen an den Leistungen der Vorgängerregierung und an den selbstgesteckten Zielen – in dieser Frage praktisch mit leeren Händen aus Berlin zurück.

- Der Kohäsionsfonds – seinerzeit eingerichtet, um die Neumitglieder an EU-Niveau heranzuführen – wird in Höhe von über 2,6 Mrd. Euro jährlich auf hohem Niveau fortgeführt. Hier wären aber erhebliche Mittel im EU-Haushalt einzusparen gewesen; zumindest bei den Ländern, die erfolgreich am Euro teilnehmen, also von ihren wirtschaftlichen Rahmendaten her bereits eine hohe Annäherung an das EU-Niveau erreicht haben.

- Großbritannien rettet weiterhin seinen Sonderrabatt ohne nennenswerte Abstriche. Auch mit der Absicht, Abschläge für einzelne Mitgliedstaaten mit hohem Nettzahlungsbetrag – also auch für Deutschland – durch ein Kappungsmodell zu erreichen, das den Britenrabatt dann geschlossen hätte, konnte sich die Bundesregierung offensichtlich nicht durchsetzen.

● Bei der Strukturförderung der Europäischen Union konnte der Bestand des eigenständigen Förderziels „ländlicher Raum“ nicht erreicht werden. Mittel für den ländlichen Raum werden zukünftig unter der Agrarförderung subsumiert. Zwar bedeutet dies zunächst keine erhebliche finanzielle Minderung, doch für die Zukunft muß befürchtet werden, daß die Strukturfördermittel für den ländlichen Raum in Konkurrenz zu sonstigen Agrarfördermitteln treten.

● In der Agrarpolitik wird ein Kurs verfolgt, der durch Preisreduzierungen einerseits und Mittelausweitungen andererseits zu weiterer Überproduktion, höheren Subventionen in Form von Direktzahlungen und niedrigeren Einkommen der Landwirte führt. Auch die Tatsache, daß die Preisreduzierungen teilweise etwas niedriger ausfallen als zunächst konzipiert und der Milchmarkt erst ab 2005 voll in die Reform einbezogen wird, ändert an der grundsätzlich gegen die Landwirtschaft gerichteten Politik nichts.

Als Ursachen für die aus deutscher Sicht schlechten Verhandlungsergebnisse können konkret einige zentrale Verhandlungsfehler benannt werden, die einer Bundesregierung unter Führung von Helmut Kohl sicher so nicht passiert wären:

● Anstatt im Vorfeld des Gipfels mit einzelnen wichtigen Ländern Vorabsprachen zu treffen, hat die rot-grüne Bundesregierung mit ihrem Plan des Ausstiegs aus der Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen die Vertragspartner Frankreich und Großbritannien verprellt. Dadurch dürfte eine spürbare Zurückhaltung dieser beiden Länder gegenüber deutschen Forderungen auf dem EU-Gipfel erzeugt worden sein.

● Bundeskanzler Schröders vollmundige Ankündigungen zur Kürzung des deutschen EU-Finanzbeitrages haben gerade in dieser Frage die Verhandlungsposition

unserer Partner verhärtet, weil sie – etwa in Großbritannien, Frankreich und Italien – öffentlichen Druck auf die dortigen Regierungen erzeugten, nicht nachzugeben.

● Mit der Aufgabe der Forderung nach nationaler Kofinanzierung der Agrarausgaben – die ein wichtiges Mittel zur Senkung des deutschen EU-Nettobeitrages und eine Finanzierungsperspektive für die Agrarpolitik nach der EU-Erweiterung wäre – hat die Bundesregierung ohne Not und Gegenleistung eine zentrale Verhandlungsposition geräumt. Dieses Vorabgeschenk an Frankreich wurde nicht belohnt. Es hat aber die Briten ermutigt, an ihrem Sonderrabatt festzuhalten und auch keine Zugeständnisse zu machen.

● Bei den schwierigen Finanzverhandlungen war die deutsche Position durch den fluchtartigen Rückzug Oskar Lafontaines aus dem Amt des Finanzministers (und damit auch aus dem Amt des Ecofin-Ratspräsidenten) erheblich geschwächt. Hierdurch ist für die deutsche Verhandlungsposition zumindest im zentralen Bereich der Finanzen ein schwerer Schaden entstanden.

Die Agenda 2000, verhandelt unter deutscher Ratspräsidentschaft, ist auch im Blick auf die großen europäischen Ziele – effizientere EU-Strukturen, modernere Struktur- und Agrarpolitik, gerechtere Finanzierung, Erweiterungsfähigkeit – nur ein unzureichender Schritt. Sie schreibt in fast allen Bereichen das fort, was in den zurückliegenden Jahren Praxis der EU war – mit allen Schwächen. Die Aufnahme der Staaten Mittel- und Osteuropas kann auf der Basis dieser Agenda 2000 nicht gelingen.

Aus deutscher Sicht ist das Verhandlungsergebnis des Berliner EU-Gipfels zur Agenda 2000 wegen der oben dargelegten Fakten ein Flop.